

Aarau, 18. Mai 2025

Medienmitteilung

Ein guter Tag für den Aargau

Ja zur Entlastung des Mittelstandes – Nein zu noch mehr nutzloser Bürokratie FDP Aargau sehr zufrieden mit den Abstimmungsergebnissen

Es ist Aufgabe der Politik, die Prioritäten richtig zu setzen. Hierfür sind schlanke staatliche Strukturen zwingend. Die Kräfte müssen gebündelt werden. Ein aufgeblähter Staat, der mehr Steuern einnimmt als notwendig und in übertriebenem Mass das gesellschaftliche und wirtschaftliche Leben reguliert, ist fehl am Platz. Die FDP setzt sich mit Vehemenz für diese Werte ein und freut sich sehr über die heutigen Abstimmungsergebnisse.

Mit dem Ja zur Steuergesetzrevision werden Mittelstand und Werkplatz gestärkt, Familien, Berufstätige sowie Wohneigentümerinnen und Wohneigentümer entlastet und der Aargau als Wohn- und Wirtschaftskanton aufgewertet. Zugleich konnte ein weiterer staatlicher Leerlauf verhindert werden. Die Lohngleichheitsinitiative hätte neue Bürokratie geschaffen, ohne Mehrwert für das hehre Anliegen von geschlechtlicher Gleichstellung. Die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger haben dies durchschaut und die Initiative klar abgelehnt.

Steuergesetzrevision: Wichtiger Erfolg für einen attraktiven und starken Standort Aargau

Die FDP-Fraktion hat die aktuelle Steuergesetzrevision mit verschiedenen Vorstössen und Anträgen initiiert und geprägt, so in den letzten Monaten auch als Kampagnenführerin des Ja-Komitees. Dank der gezielten Entlastung von Mittelstand, Berufstätigen, Wohneigentümerinnen und Wohneigentümern sowie Familien profitieren mehr als 50 Prozent der Bevölkerung. Das Ja bestätigt den konsequenten Kurs der FDP, die Bevölkerung gezielt zu entlasten anstatt weiter Staatsvermögen anzuhäufen.

Silvan Hilfiker, Grossrat, Fraktionspräsident: «Das heutige Ja ist ein wichtiger Schritt. Es stärkt den Mittelstand und den Werkplatz Aargau, entlastet Familien und Wohneigentümer. Dies ist ein wichtiger Etappenerfolg, über den wir uns sehr freuen. Es geht aber nun nahtlos weiter. In weiteren Schritten muss der Aargau seine Kantonssteuern senken, eine Steuerbremse einführen und Überschüsse an die Bevölkerung zurückverteilen.»

Nein zur Lohngleichheitsinitiative

Bereits heute müssen schweizweit Firmen ab 100 Mitarbeitenden Lohnanalysen durchführen. Ein Aargauer Sondergesetz für Firmen bereits ab 50 Mitarbeitenden benachteiligt die einheimischen Unternehmen im interkantonalen Wettbewerb. Der aktuelle Zwischenbericht des Bundes hat im März 2025 aufgezeigt, dass lediglich bei rund einem Prozent der Firmen die Lohnunterschiede zwischen Frau und Mann ausserhalb der statistischen Toleranz liegen. Eine Verwaltungsstelle auf kantonaler Ebene bringt in dieser Sache keinen Mehrwert, sondern kostet Steuergeld und belastet die Unternehmen mit weiterem Papierkrieg. Die Initiative hätte deshalb nichts als staatlichen Leerlauf produziert.

Sabina Freiermuth, Grossrätin, Parteipräsidentin: «Das Ausfüllen von Formularen und Lohnanalysen bringt nicht mehr Gleichstellung. Statt kleinräumigem, wirkungslosem Bürokratieaufbau setzt man besser auf griffige Massnahmen wie Anreize für Kinderdrittbetreuung, Aus- und Weiterbildungen von Mitarbeitenden und gelebte Gleichstellung im Betrieb. Das Nein zur Lohngleichheitsinitiative hat unnötigen staatlichen Leerlauf und eine teure Aargauer Sonderlösung verhindert. Wir werden uns als FDP weiterhin für gelebte Gleichberechtigung in allen Lebensbereichen einsetzen, abseits von staatlichem Dirigismus.»

Weitere Auskünfte:

Sabina Freiermuth, Grossrätin, Parteipräsidentin, Tel. 079 333 51 78
Silvan Hilfiker, Grossrat, Fraktionspräsident, Tel. 079 469 75 32